



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/06/2007  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 15.08.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Vorschlag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 3 GeschO des Rates  
Grün- und Freiflächen für innerstädtische Quartiere  
Hier: Spielplatzsituation
6. Festsetzung der Elternbeiträge  
Hier: Antrag der AG 3
7. Einführung eines neuen Anmeldeverfahrens im Bereich der Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: 0671/2007
8. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Frau Petra Schmieta von Herrn Strüwer als neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses in Vertretung für die ARGE verpflichtet.

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

#### 2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt nimmt eine Presseinformation der AWO „Nicht bei den Kindern kürzen“ – Elternbrief der AWO gegen „KiBiz“ (**siehe Anlage**) zum Anlass, zu berichten, dass die aufgeführten Stichpunkte auch die Verwaltung beschäftigten.

In der Presse sei in den Sommerferien zum Thema Erhöhungen der Kindergartenbeiträge die Berichterstattung detailliert, aber teilweise unter Weglassen wesentlicher beispielsweise steuerlicher Gesichtspunkte erfolgt. Er schlägt vor, seitens der Verwaltung nochmals ein Hintergrundgespräch mit der Presse unter Einbeziehung des Vorsitzenden zu führen. Für den Fall, dass das KiBiz so in Kraft trete, werde wieder ein neuer Prozess eingeleitet, in dem Eltern sich wieder auf eine Umstellung der Beiträge einstellen müssten. Es seien auch einige deutliche positive Aspekte vorhanden, die in den verschiedenen Wahlmöglichkeiten lägen. Die Wahlmöglichkeiten belasteten in erster Linie die kommunale Seite.

Bezüglich des Sozialpädiatrisches Zentrums habe man seinerzeit mitgeteilt, dass aufgrund eines Schreibens des Zentrums ein Gespräch über eine mögliche Kostenbeteiligung der Stadt geführt worden sei. Man habe darin deutlich gemacht, dass sich die Stadt im Moment außerstande sehe, freiwillige Leistungen zu erbringen. Herr Hanschmann habe erläutert, dass die Kinderschutzambulanz, wenn sie eingerichtet werden sollte, als eigenständige Einrichtung zusammen mit dem SPZ errichtet werden könnte, allerdings nur, wenn sie einer vorausschauenden Finanzierung unterliege.

Er werde Herrn Hanschmann, der das Protokoll dieses Gespräches verfasst hat, fragen, ob dieser damit einverstanden sei, dass dieses den Mitgliedern des Sozialausschusses zur Verfügung gestellt werden könne. Dann könne man sich erneut mit dem Thema Kinderschutzambulanz befassen.

Herr Strüwer erklärt, dass die Ausführungen von Herrn Dr. Schmidt im Zusam-



menhang mit einer Ankündigung von Herrn Reinke stünden, der bezüglich der Kinderschutzambulanz eine Anfrage an die Verwaltung stellen wollte. Das Einverständnis des Ausschusses voraussetzend schlägt er vor, die Thematik in diesem Zusammenhang zu behandeln.

Herr Reinke erklärt, dass es zu diesem Thema schon eine Reihe von Gesprächen gegeben habe. Ergebnis dieser Gespräche sei gewesen, dass es am besten sei, alle Beteiligten an einen Runden Tisch zu bringen, um zu überlegen, wie eine Kinderschutzambulanz ausgestaltet werden solle und welche finanziellen Bedarfe vorhanden seien.

Er möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Verwaltung einen solchen Runden Tisch einberufe.

Herr Steuber berichtet, dass man aufgrund aktueller Fälle überlege, ob das Netz in Hagen ausreichend sei. Es bestehe ein intensiver regelmäßiger Kontakt mit dem jugendärztlichen Dienst, um zu überlegen, wo man ansetzen müsse. Ein Gedanke sei, im Zusammenhang mit Geburt Dinge besser und intensiver zu gestalten. Man habe vereinbart, mit den Hagener Kinderkliniken und Hagener Ärzten zusammen zu überlegen, wie man besser bei Kleinkindern unter einem Jahr eine Möglichkeit finden könne, schnellstmöglich gezielte Hinweise auf Problematiken zu erhalten. Es gehe hier um eine Ergänzung des bisherigen Systems. Die Kinderschutzambulanz sei nur ein Baustein des Systems.

Herr Hansel regt an, in diesem Zusammenhang neben den Ärzten Hebammen zu beteiligen.

Herr Reinke macht deutlich, dass sein Anliegen gewesen sei, Kinder vor sexueller Gewalt zu schützen. Das sei ein anderes Themenfeld.

Herr Strüwer erklärt, dass Herr Reinke gebeten habe, im Hinblick auf die Kinderschutzambulanz ein Informationsgespräch zu organisieren, was die Möglichkeit schaffe, sich differenziert und intensiv mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Er stellt fest, dass von Seiten der Verwaltung signalisiert worden sei, dass das so gehandhabt werde.

Die Ergebnisse dieses Gespräches würden natürlich dann auch rückgekoppelt in den Ausschuss.

Herr Feldhaus beschreibt die Hintergründe und Ziele des KiBiz. Die AWO wolle diese Entwicklung, die mit dem KiBiz einhergehe, nicht so hinnehmen. Aus dem Grunde sei man aktiv geworden. Man wolle die Bildungs- und Jugendarbeit in dem Qualitätsstandard weiter fortführen.

Herr Steuber freut sich, mitteilen zu können, dass die Bezirksregierung plane, 50 zusätzliche Schulpsychologen in NRW einzusetzen. Für Hagen seien 1-2 vorgesehen.

Unter Bezugnahme auf das letzte Protokoll, in dem Frau Kurte den Jahresbericht, insbesondere die unklare Mittelverwendung moniert hatte, dass dieser für die nächste Sitzung zwecks Berichterstattung eingeladen worden sei. Man müsse jetzt noch festlegen, wer denn danach noch eingeladen werden solle.



Zum Pressebericht zum Thema „Selbstgemacht“ bezüglich des Auftritts der Band Bandbreite im Hameckepark und im Kultopia teilt er mit, dass die Verwaltung zunächst keinen Handlungsbedarf gesehen habe. Die Texte der Band seien entgegen der Darstellung in der Presse nicht als Aussage formuliert, sondern als Frage. Es sei eine politische Band. Man habe dies zunächst unter der Rubrik freie Meinungsäußerung eingeordnet. Das Rechtsamt sei gebeten worden ,dazu ergänzend Stellung zu nehmen, wo die Grenzen bei einer öffentlichen Jugendkultureinrichtung lägen.

Herr Strüwer ergänzt, dass dies sicher auch ein Thema im Beirat des Kultopia sein werde.

Herr Steuber berichtet von dem Entwurf eines Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Hier solle die Kinder im OGS-Bereich zukünftig ein solcher Fonds zur Verfügung stehen. Eine entsprechende Vorlage für den Jugendhilfeausschuss und den Schulausschuss würde im September von der Schulverwaltung präsentiert.

Herr Fischer berichtet zum Stand des Aktionsbündnisses Toleranz und Demokratie. Herr Goldbach vom Fachbereich und Frau König vom Jugendring hätten vor den Sommerferien den konkreten Antrag gestellt. Zuvor sei die Absichtserklärung genehmigt worden und prämiert worden auf Platz 1 in NRW. Mittlerweile sei auch der Bewilligungsbescheid über die ersten 100.000 € eingegangen. Morgen werde hier im Haus die Starterkonferenz dazu stattfinden.

Frau Burg-Ahrendt lädt herzlich ein zum Tag der Offenen Tür der Evangelischen Schülerarbeit im Rahmen des Sommerfestes am Samstag, dem 25.08.07.

### **3. Anliegen der Jugendräte**

Herr Traut berichtet, dass es aufgrund der Sommerpause keine Aktivitäten der Jugendräte gegeben habe.

Er lädt die Anwesenden ganz herzlich zu einer Veranstaltung „Fest zum Weltkindertag“ im Volkspark am 15. September ein. Dort hätten die Jugendräte einen Informationsstand.



## 4. Bündnis für Familien

Frau Schmitz stellt sich vor und berichtet von den Aktivitäten des Bündnisses für Familien. Sie hat zwei Gutscheinebücher mitgebracht, um sie den Ausschussmitgliedern vorzustellen.

## 5. Vorschlag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 3 GeschO des Rates Grün- und Freiflächen für innerstädtische Quartiere Hier: Spielplatzsituation

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer bittet, den Tagesordnungspunkt später zu beraten, da Frau Tenne-Pinkvoss, die das Projekt von städtischer Seite betreut, aufgrund anderer Termine noch nicht anwesend ist.

Aus diesem Grund werden zunächst TOP 6 und 7 beraten.

Herr Schledorn erläutert den Antrag.

Dr. Schmidt erklärt, dass die Förderung für die Umgestaltung einen Förderbeitrag für die Sport/Spielstätte beinhalte, so dass auch eine fördertechnische Variante dort mitzubeachten sei, wenn man an dieser Stelle stattdessen das Hotel baue. Wenn dies der Fall sein sollte, werde man auf jeden Fall eine adäquate Ersatzfläche schaffen.

Herr Reinke möchte wissen, wie der Stand zu dem Hotelbau sei.

Frau Tenne-Pinkvoss teilt mit, dass geplant war, eine Vorlage in die jetzige Sitzungsrunde einzubringen. Das sei aufgrund einer Entscheidung des Oberbürgermeisters um einen Monat verschoben worden. Zu dem Projekt teilt sie mit, dass die Arbeiten im Park auf Hochtouren liefen. Die Planung sehe so aus, dass die Spielplatzfläche nicht tangiert würde. Der Bolzplatz könne mit einem veränderten Standort erhalten bleiben.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss hält insbesondere im verdichteten Innenstadtbereich Grün- und Freiflächen für Kinder- und Jugendliche zum Spiel und zur Bewegung für unverzichtbar.

Die Verwaltung wird daher aufgefordert, im Rahmen einer möglichen Hotelplanung im Bereich des Volmeparks diese Ansprüche an Spiel- und Freiflächen zu beachten.



Sollte es wider Erwarten nicht möglich sein, die Nutzungen Hotel sowie Spiel- und Bolzplatzflächen im Volmepark gemeinsam zu realisieren, sind Vorschläge für alternative Spiel- und Bolzplatzflächen im Innenstadtbereich zu unterbreiten.

Der JHA nimmt darüber hinaus diese Planungen zum Anlass, die Verwaltung zu beauftragen, die Situation in den innerstädtischen Quartieren insgesamt zu analysieren und Maßnahmen zur Zielerreichung im Sinne der o. a. Vorlage vorzuschlagen.

## Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

## 6. Festsetzung der Elternbeiträge Hier: Antrag der AG 3

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert daran, dass Herr Schurgacz diesen Antrag der AG 3 in der letzten Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses schon angerissen habe. Er bittet die Verwaltung, sich dahingehend zu äußern, inwieweit der gewünschte Vorschlag realisierbar sei.

Herr Steuber erläutert, dass sich das KiBiz derzeit im Gesetzgebungsverfahren befinde. Nach den derzeitigen Planungen solle das Gesetz Ende Oktober beschlossen werden. Die Verwaltung habe sich intern überlegt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht abzuwarten, weil dabei eine Menge Zeit verlorengehe, sondern den Planungsprozess bereits jetzt einzuleiten. Nach bereits erfolgten Gesprächen habe man für den 22. August 07 die freien Träger, die in Hagen Kindertageseinrichtungen unterhielten, zu einem Abstimmungsgespräch eingeladen. In diesem Gespräch wolle man gemeinsam den Zeit- und Maßnahmenplan, der zur Vorbereitung und Umsetzung dieses Gesetzes notwendig sei, aufstellen. Die neuen Angebote der Betreuung würden mit dem jetzigen Betreuungssystem nicht übereinstimmen. Als erste wichtige planerische Aufgabe müsse daher der Bedarf mittels einer Bedarfsanalyse ermittelt werden. Eine Elternbefragung mache aber nur Sinn, wenn man die Frage beantworten könne, was die verschiedenen Betreuungszeiten kosten würden. Diese Frage könne aber derzeit niemand beantworten. Die Verwaltung müsse daher mit einer qualifizierten Einschätzung vorgehen. Das wolle man sowohl intern als auch im Gespräch mit den Trägern diskutieren. Man stelle sich vor, diese Bedarfszahlen bis zum 30. September ermittelt zu haben. Dann müsse die Personalplanung der Träger darauf eingestellt werden. Nach dem Gesetzentwurf müsse bis zum 15.03.2008 feststehen, welche Kinder in welchen Modulen in Hagen demnächst betreut werden sollten. Am Ende werde sicher auch eine neue Beitragsstaffel stehen.

Dann könne im November/Dezember ein Satzungsentwurf präsentiert werden, in dem dann dem Anliegen der AG 3 Rechnung getragen werden könne.



Er macht den Vorschlag, den Antrag daher im Moment nicht weiter zu vertiefen, sondern in den Planungsprozess zu integrieren und in den nächsten Sitzungen regelmäßig über den Stand „Umsetzung des KiBiz“ zu berichten.

Herr Haensel regt an, in diesem Zusammenhang auch die besondere Situation der U 3-Kinder zu berücksichtigen. Dies sei für die Wirtschaftlichkeit auf Trägerseite von enormer Bedeutung.

Herr Strüwer macht noch einmal deutlich, wie eng die Zeitschiene sei. Es sei wichtig, die Zeitschiene einzuhalten, um eine Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Er bittet die Verwaltung, in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung einen Zeitplan schriftlich zu fixieren.

Herr Schurgacz erklärt, dass es für die Träger von enormer Wichtigkeit sei, zu wissen, was mit den Eltern sei, die die Beiträge nicht selbst bezahlen könnten wie zum Beispiel Hartz IV – Empfänger. Wie wolle die Stadt damit umgehen?

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Anspruch für 3-6-jährige gesetzlich geregelt sei. Er könne sich nicht vorstellen, dass man dort regulativ eingreifen könne.

Herr Steuber erwidert, dass diese Frage politisch zu entscheiden sein werde. Die Verwaltung könne nur Alternativvorschläge machen. Durch das Haushaltsgesetz sei eine Vorgabe gegeben, an der man sich orientieren müsse.

Herr Feldhaus gibt zu bedenken, dass bei Pressearbeit das Problem sei, dass komplizierte Sachverhalte nicht so transportiert würden. Bei dem ganzen Prozess solle man nicht vergessen, auch noch einmal auf die Schwachpunkte und Auswirkungen der Umsetzung von KiBiz hinzuweisen.

Frau Kurte möchte wissen, ob es programmäßig möglich sei, die lineare/stetige Erhöhung darzustellen.

Herr Dr. Brauers antwortet, dass bis zu 62 Stufen eingegeben werden könnten. Das käme einer stetigen Funktion gleich.

Herr Schledorn äußert sein Wohlwollen darüber, dass sich in Hagen viele Beteiligte um die Umsetzung des Gesetzes kümmern. Man werde sich darauf vorbereiten müssen, dass im nächsten Jahr die Trägerlandschaft in Hagen völlig umgewälzt würde. Er hofft noch auf erhebliche Veränderungen bis zur Verabschiedungen des KiBiz.

Herr Strüwer kann diese Befürchtung nachvollziehen, gibt aber zu bedenken, dass das Gesetz neue Inhalte habe, die seit Jahren eingefordert worden seien. Es gehe erheblich mehr Geld in das Gesamtsystem. Natürlich gehe es darum, das Ganze kritisch während des Gesetzgebungsverfahrens zu begleiten. Auf der anderen Seite gehe es auch um neue Chancen.

Dr. Schmidt ist der festen Überzeugung, dass sich die Trägerlandschaft ändern



wird.

Er fordert ausdrücklich zur Zusammenarbeit auf, weil man den Prozess nur gemeinsam schultern könne.

Herr Strüwer erklärt abschließend in Richtung von Herrn Schurgacz, dass der Antrag der AG 3 in einem ganz anderen Zusammenhang gewürdigt und bewertet worden sei.

Man werde sich zukünftig bis Mitte nächsten Jahres in jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit diesem Thema beschäftigen.

## 7. **Einführung eines neuen Anmeldeverfahrens im Bereich der Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: 0671/2007**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage. Sie teilt hierzu mit, dass es bei dem vorgeschlagenen Verfahren einen Konsens mit der AG 3 gebe.

Herr Haensel hat eine Rückfrage in Bezug auf die unterschiedlichen Strukturen bei den Einrichtungen und bei den zu planenden Gruppen, wie diese denn zusammengesetzt sein sollten. Mit Blick auf die U3-jährigen sei das in dem Anmeldeverfahren problematisch. Er betont, dass er das neue Verfahren begrüße, die Frage sei nur, ob man es so früh starten könne, wenn man so wenig Erkenntnisse habe.

Frau Haack weist darauf hin, dass es nur einen Rechtsanspruch für die 3-6-jährigen gebe. Zunächst würden erst einmal die Eltern der Kinder angeschrieben, die im nächsten Jahr drei Jahre alt würden. Bei den anderen Kindern könnten Eltern, die Betreuungsbedarf hätten, diese Karte beantragen. Sie würde dann aber auch nur konkret diesen Eltern zugeschickt. Es gebe nur eine geringe Anzahl von U3-jährigen, die nachrücken könnten. Der Vorteil in diesem System liege darin, dass man einen konkreten Überblick habe, wie viele Plätze wo zu besetzen seien. Es erspare den Eltern die Kontaktaufnahme mehrerer Einrichtungen.

Herr Fischer regt an, bei der OGS ähnlich zu verfahren. Man habe jetzt wieder zu Ferienbeginn wieder die Situation gehabt, nicht genau zu wissen, ob die Voranmeldungen auch zu einer verbindlichen Anmeldung würden. Um den Personalschlüssel planen zu können, müsse man die Anzahl der Kinder kennen. Sein Vorschlag sei, dass der Vorantrag weg falle und gleich zu einer verbindlichen Anmeldung führe. Das würde eine unglaubliche Beschleunigung im Hinblick auf die Zahlen im Offenen Ganztage bedeuten.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass einer der gravierenden Unterschiede sei, dass die Kinder keine Auswahl hätten. Es müsse ja an seiner Schule in den Offenen Ganztage gehen. Er werde die Anregung gern mit in die zuständige Arbeitsgruppe mitnehmen.



Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Das neue Anmeldeverfahren wird zum Kindergartenjahr 2008/2009 umgesetzt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **8. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates**

Frau Kurte erklärt, sie habe in einer GWH-Sitzung die Planung eines Umbaus eines Hauses in der Voerder Straße gesehen. Dieses Haus solle zukünftig als Familienzentrum genutzt werden. Hierzu hätte sie gern nähere Informationen.

Dr. Schmidt erklärt, dass man dieses Haus habe, dessen Mietvertrag noch einige Jahre laufe. Man habe mit der Bezirksvertretung Haspe und mit dem Eigentümer HGW lange Verhandlungen geführt, um aus diesem Mietvertrag rauszukommen. Das sei nicht gelungen. Also habe eine Lösung gefunden werden müssen. Nun gebe es Überlegungen, dies auch aus Bedarfsgründen als Familienzentrum auszubauen. Diese seien allerdings erste Vorüberlegungen, in die die HGW einbezogen sei. Es gebe weder einen politischen Beschluss, noch einen konkreten Zeitpunkt. Das Vorhaben werde vorbereitet, die Kosten und der Bedarf würden geprüft und dann werde es ordentlich politisch eingebracht. Dies sei im Moment eine Lösung, mit der sich zwei Dinge kombinieren ließen, erstens die Miete, die gezahlt werden müsse und zweitens der bestehende Bedarf, der durch diese Maßnahme gedeckt werden könne.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Ausschuss in der Vergangenheit sehr ausführlich Kindergartenbedarfsplanung auch unter dem Gesichtspunkt habe betreiben müssen, dass es immer weniger Kinder gebe. In breiten Konsensgesprächen wären mit den Trägern Lösungen erarbeitet worden, damit alle Kinder untergebracht werden konnten.

Trotzdem hätten sich einige Einrichtungen reduzieren oder schließen müssen. Es sei Aufgabe des Ausschusses gewesen, die Fäden zusammenzuhalten und er wundere sich jetzt darüber, dass in bestimmten Bezirken ohne Beteiligung des Jugendhilfeausschusses eigene Wege gegangen würden. Er wünsche sich, dass, wenn entsprechende Planungen angestellt würden, Politik zu beteiligen.

Frau Haack erläutert, dass es diese Vorlage in der Bezirksvertretung Haspe gegeben habe, in der es darum gegangen sei, eine Nachnutzung für dieses Haus zu finden. Es gebe eine Vertragsbindung bis zum Jahr 2020. Es müssten



jährliche Mieten zwischen 30.000 und 50.000 € für dieses Gebäude aufgebracht werden, das zur Zeit fast leer stehe.

Man habe errechnet, dass wenn für dieses Gebäude keine soziale Nachnutzung gefunden werde, die Stadt Hagen einen Landeszuschuss in Höhe von 250.000 € an das Land zurückzahlen müsse. Es sei nicht möglich gewesen, eine soziale Nachnutzung zu finden. Im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung habe es seit Jahren im Bereich Hestert eine Unterversorgung an Plätzen gegeben. Die Überlegung sei daher gewesen, wenn es die Möglichkeit gebe, dieses Haus als Kindergarten nutzen zu können, in Erfahrung zu bringen, was dieser Umbau kosten würde. Von der Bezirksvertretung Haspe habe man den Auftrag bekommen, anhand der sowieso zu zahlenden Summen, zu ermitteln, ob sich ein solcher Umbau rechnen würde. Weiterhin sei Überlegung gewesen, einen Teil des Hauses als Familienzentrum zu nutzen.

Bevor man mit diesem Vorhaben in die Politik gehe, habe man ermitteln wollen, ob es wirtschaftlich und realisierbar sei.

Herr Dr. Schmidt verwahrt sich gegen den Vorwurf, dass die Verwaltung Vorhaben nicht mit den Trägern abstimme.

Herr Strüwer erwartet, dass der Jugendhilfeausschuss in irgendeiner Form beteiligt wird. Er äußert sein Unverständnis darüber, in der Sitzung der GWH von dem Vorhaben zu erfahren.

Herr Dr. Schmidt erwidert, dass er es nicht verhindern könne, dass ein Geschäftsführer einer städtischen Organisation eine Anfrage nach Kosten zum Anlass nähme, dies als sein Projekt zu präsentieren. Er werde dies zum Anlass nehmen, zu bitten, den Stand der Projekte, die vorgestellt würden, so zu relativieren, wie sie denn wirklich seien.

Herr Steuber erklärt, dass er seine Mitarbeiter gegen die erhobenen Vorwürfe schützen wolle. Er könne die geäußerte Kritik nachvollziehen, es sei jedoch die Pflicht der Mitarbeiter gewesen, unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierung über Einsparungsmöglichkeiten nachzudenken. Eine Vorlage sei unterwegs.

Herr Stüwer und Frau Haack stellen nochmals ihre Sicht der Dinge vor.

Herr Schledorn bittet Dr. Schmidt, über den Verwaltungsvorstand dafür zu sorgen, die Einheitlichkeit der Verwaltungsmeinung herzustellen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

Gez. Strüwer  
Vorsitzender

Gez. Krause  
Schriftführerin